

Eine politische Notwendigkeit.

Von Heinrich Schulz.

In demokratischen Blättern, besonders im „Berliner Tageblatt“, wird seit einigen Tagen mit heißem Bemühen ein Kulturkampffeuerchen geschürt. Als ob sich das deutsche Volk zu allem Unglück, durch das es in diesen schweren Zeiten hindurch muß, auch noch den Luxus eines solchen erbitternden und aufreizenden inneren Krieges gestatten könnte! Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wird beschuldigt, sie verschächere die geistige Freiheit des deutschen Volkes an das Zentrum um den Preis, mit dieser Partei zusammen in der Regierung zu verbleiben. Der Vorwurf ist gehässig und unwahr.

Unter den vielen Schwierigkeiten, die das Zustandekommen des Verfassungswerkes bei der komplizierten Lagerung der politischen Stärkerverhältnisse bietet, steht die Schulfrage mit an erster Stelle. Nicht erst seit dem Austritt der Demokraten aus der Regierung! Auch vorher schon sind die Religions- und Schulartikel der Verfassungsvorlage nur mit wechselnden Mehrheiten mühsam zustande gebracht worden. Die Demokraten lehnten die sozialdemokratische Forderung auf Beseitigung des Religionsunterrichts zur Herbeiführung der rein weltlichen Schule ab; mit dem Zentrum und den rechtsstehenden Parteien leiteten sie den Religionsunterricht als ordentlichen Lehrgegenstand in der Verfassung fest. Allerdings wollten sie anfangs keinen konfessionellen Religionsunterricht, sondern einen unklaren überkonfessionellen, den keine Religionsgesellschaft anerkannt hätte. Als ihnen das im Verfassungsausschuß von den Vertretern der Konfessionen gesagt wurde, beantragten sie, daß der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Satzungen der Religionsgesellschaften erteilt werden sollte. Die Demokraten wollten auch anfangs und grundsätzlich keine Konfessionsschule. Sie ließen sich aber auch in dieser Frage gegen die Sozialdemokraten weiter nach rechts treiben, indem sie beantragten und bei der Abstimmung durchsetzten, daß die Frage der Konfessionsschule der einzelstaatlichen Gesetzgebung übertragen wurde. Diese wechselvolle Haltung zeigt zum mindesten, daß die strittigen Fragen große Schwierigkeiten in sich tragen, und daß es die Demokraten des Verfassungsausschusses und nicht die Sozialdemokraten gewesen sind, die eine gesetzliche Möglichkeit für die Konfessionsschule in der Reichsverfassung geschaffen haben.

Inzwischen vollzogen sich die wichtigen Ereignisse, die mit der Zustimmung zum Friedensvertrag zusammenhängen. Die Demokraten wollten die Ablehnung, wodurch sie, wenn ihrem Wunsche gemäß beschlossen worden wäre, die schlimmsten inneren Zustände für Deutschland herbeigeführt hätten. Der Verlauf der Dinge seit der Unterzeichnung hat über die Folgen, die eine Nichtunterzeichnung heraufbeschworen hätte, keinen Zweifel gelassen. Nur durch das feste Zusammenhalten der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen links und rechts und gegen die neue Gegnerschaft der Demokraten ist unendliches Unglück für Deutschland verhütet worden. Für die nächste absehbare Zukunft ist eine einigermaßen ruhige und zur inneren Selbstbestimmung und wirtschaftlichen Konsolidierung führende Entwicklung Deutschlands auch nur durch eine feste gemeinsame Politik von Zentrum und Sozialdemokratie zu erwarten. Deutschland braucht Lebensmittel; Deutschland braucht Rohstoffe für sein wirtschaftliches Leben; Deutschland braucht eine sozial orientierte, rücksichtslos und scharf zupackende Steuerpolitik; Deutschland braucht verständige Sozialgesetzgebung und Sozialisierung, wo immer sie nur durchzuführen ist. In allen diesen Fragen herrscht eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungsparteien. Diese Uebereinstimmung ist zurzeit viel fester und geschlossener, als sie gerade in diesen Fragen bei der früheren Koalition war, da die Demokraten von den drei Parteien immer am meisten geneigt waren, allzu kräftige Zugriffe auf den Profit und allzu fühlbare Bindungen des kapitalistischen „freien Spiels der Kräfte“ zu verhindern. Wenn es den beiden Mehrheitsparteien gelinzt, die zahlreichen Steuervorlagen und einige weitere wichtige Gesetze zu verabschieden, so wird das zwar den kapitalistischen Kreisen weh tun, aber die große Masse des Volkes wird einigen Grund haben, damit zufrieden zu sein.

Es scheint, als ob gewissen Kreisen diese entschlossene Arbeitsfrühdigkeit der gegenwärtigen beiden Mehrheitsparteien sehr un bequem ist. Sie versuchen deshalb, einen Keil zwischen beide zu treiben, indem sie plötzlich die Schulfrage zur wichtigsten politischen Frage der Gegenwart zu machen suchen. Den freiheitlich gesinnten Volksmassen soll eingeredet werden, das Zusammenarbeiten der beiden Parteien sei lediglich ein schlauer Schachzug des Zentrums, das die Notlage der Sozialdemokratie ausbeute, um sich die Schule und damit die geistige Zukunft des deutschen Volkes zu sichern.